

Salzburg, am 3.11.2021

**Betreff: Aufnahme von besonders gefährdeten Personen aus Afghanistan in der Menschenrechtsstadt Salzburg**

**Dringlichkeitsantrag gemäß §14 GGO**

Nach dem Rückzug der internationalen Truppen aus Afghanistan und der Machtübernahme der Taliban im August 2021 hat sich die Sicherheits- und Menschenrechtslage in vielen Teilen des Landes massiv verschlechtert

In der ersten Regierungszeit der Taliban in Afghanistan (zwischen 1996-2001) litten Frauen und Mädchen unter extremen patriarchalen Strukturen, Misshandlungen, Zwangsverheiratungen, struktureller Gewalt und Hinrichtungen. Frauen durften prinzipiell nicht das Haus verlassen, und wenn, dann nur in Burka und in Begleitung eines männlichen Familienmitglieds. Es war Frauen außerdem verboten, zu arbeiten und ab dem Alter von acht Jahren unterrichtet zu werden.

In den vergangenen 20 Jahren wurde in Afghanistan hart für Frauenrechte gekämpft. Die Errungenschaften werden nun aber wieder schrittweise rückgängig gemacht. Obwohl die Taliban nach außen hin versuchen gemäßigter zu wirken als damals, häufen sich Berichte von Repressalien gegen die Bevölkerung, ganz besonders gegen Frauen.

Wie aus unzähligen Berichten und Stellungnahmen von Expert\*innen eindeutig hervorgeht, hat die Machtübernahme der Taliban schwerwiegende Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung, vor allem auf Frauen und Mädchen. Aktivistinnen, Journalistinnen, Richterinnen, Politikerinnen, Angehörige von Minderheiten und LGBTIQ-Personen, sind ganz besonders gefährdet.

Das UNHCR forderte die Staatengemeinschaft auf, neben humanitärer Hilfe auch Schutzsuchende aus Afghanistan aufzunehmen. EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen forderte alle EU-Mitgliedsstaaten zur Aufnahme schutzbedürftiger Afghan\*innen auf und erklärte, dass die EU-Kommission finanzielle Unterstützung dafür bereitstellen würde. In Österreich hat unter anderem Bundespräsident Alexander van der Bellen zur Aufnahme von Schutzsuchenden aus Afghanistan aufgerufen. An der Spitze sollten Frauen und Mädchen stehen, die für die EU bzw. ihre Länder gearbeitet haben und „unsere Freunde und Verbündete sind“.

Diesen Aufrufen sind bereits einige Staaten gefolgt. Kanada hat sich zum Beispiel bereit erklärt, Schutzsuchende aufzunehmen. Dazu zählen unter anderem Mitarbeiter\*innen von Menschenrechtsorganisationen, Journalist\*innen und weibliche Führungskräfte. Weiters hat sich kürzlich die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen (NRW) für die Aufnahme von afghanischen Flüchtlingen ausgesprochen. NRW möchte vor allem Bürgerrechtlerinnen, Menschenrechtsaktivistinnen, Künstlerinnen, Journalistinnen und anderen gefährdeten Frauen mit ihren Familien aufnehmen.

Als Menschenrechtsstadt muss auch Salzburg den genannten Aufrufen folgen und sich an der Aufnahme von Schutzsuchenden beteiligen. Konkret soll Wien sich zur Aufnahme von schutzsuchenden Frauen und Mädchen und deren Familien sowie von Menschenrechtsaktivist\*innen, Richter\*innen und Mitarbeiter\*innen humanitärer Organisationen bereit erklären.

**Wir stellen daher gemäß §14 GGO den Antrag:**

Die Menschenrechtsstadt Salzburg erklärt sich zur Aufnahme von besonders gefährdeten Flüchtlingen aus Afghanistan, allen voran von schutzsuchenden Frauen und Mädchen sowie Menschenrechtsaktivist\*innen, bereit.

Anna Schiester